



Der Stadtverordnetenvorsteher
der Stadtverordnetenversammlung
Amt der Stadtverordnetenversammlung
E-mail: stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de
Rathaus-Schloßplatz 6-65183 Wiesbaden
Telefon (0611) 31-3738
Telefax (0611) 31-3902
Sachbearbeiterin: Frau Koba

1. Den Damen und Herren
der Stadtverordnetenversammlung
2. Dem Magistrat

Wiesbaden, 26.08.2011

Einladung

zur öffentlichen Sitzung
der Stadtverordnetenversammlung
am Donnerstag, 01. September 2011, um 16:00 Uhr,
Rathaus, Stadtverordnetensitzungssaal (1. Stock), Schloßplatz 6, Wiesbaden

Tagesordnung I

1. Genehmigung der Niederschriften über die Sitzungen am 16.06. und 11.08.2011
2. Mitteilungen
3. Fragestunde
4. **11-F-03-0059**

Gesamtlärmbelastung Wiesbadens durch Straßen-, Schienen- und Luftverkehr
- Antrag der Stadtverordnetenfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 24.08.2011 -

Lärm schädigt die menschliche Gesundheit; Lärm ist eine aktuelle und prägnant zunehmende Quelle der Gesundheitsgefährdung. Auch in Wiesbaden. Lärmbe- kämpfung ohne eine belastbare Übersicht des Status quo muss Stückwerk bleiben.

Die Stadtverordnetenversammlung möge daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

1. gemeinsam mit dem Land Hessen / Hessische Landesanstalt für Umwelt und Geologie eine „Lärmkarte“ für den Ballungsraum Wiesbaden zu erstellen.
2. Auf der Grundlage dieser Gesamtkartierung ein Gutachten über die Lärmbe- lastung Wiesbadens zu erstellen und Gegenmaßnahmen erarbeiten zu lassen und durchzuführen.

5. 11-F-08-0030

Mehr Transparenz & barrierefreie Teilhabe an der kommunalen Demokratie durch Rathaus-TV
- Antrag der Stadtverordnetenfraktion LINKE&PIRATEN vom 23.08.2011 -

Transparenz schafft Nähe und Verständnis. Es gilt daher Mittel und Wege zu finden, diese Transparenz zu erhöhen. Das Medium Internet, das überall und zu jeder Zeit Inhalte aus dem Web allen Interessierten zur Verfügung stellt, bringt Politik ins Wohnzimmer. Ganz nah an die Bürgerinnen und Bürger.

Niederschriften der Sitzungen stehen auf der Webseite leider nicht zur Verfügung. Die getroffenen Beschlüsse sind in PIWi nicht zeitnah einsehbar, zudem gehen aus ihnen zwar die Ergebnisse hervor, allerdings kann in dieser Form der Diskussions- und Meinungsbildungsprozess nicht dargestellt werden. Bisher besteht, sollte physische Anwesenheit nicht möglich sein, nur die Möglichkeit über die Medienberichterstattung die Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung oder ihrer Ausschüsse zu verfolgen.

Im Internet steht allen Interessierten dagegen jede Sitzung live oder zeitlich versetzt von der ersten bis zur letzten Minute zur Verfügung. Die Bürgerin oder der Bürger wird befähigt, das Verhalten der Fraktionen und der Stadtverordneten zu bewerten und hieraus die politischen Konsequenzen zu ziehen. Redebeiträge und Entscheidungen sind auch nach Jahren noch abrufbar. Politik wird erfahrbar.

Die Stadtverordnetenversammlung möge daher beschließen:

Der Magistrat wird beauftragt, die Möglichkeiten zu prüfen, den öffentlichen Teil der Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Wiesbaden zukünftig als Livestream (Audio und Video) auf der Internetseite der Stadt Wiesbaden an prominenter Stelle zur Verfügung zu stellen.

Der Magistrat wird beauftragt, ein Konzept für ein Rathaus-TV in Wiesbaden zu erarbeiten und der Stadtverordnetenversammlung zur Beratung und Entscheidung vorzulegen. Dabei sind auch die einmaligen und laufenden Kosten darzustellen.

Der Magistrat wird beauftragt zeitnah zu prüfen, ob und wenn ja, welche Regelungen der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung für die Realisierung des Rathaus-TV abgeändert beziehungsweise ergänzt werden müssen.

Bei der Konzepterstellung sollen außerdem folgenden Aspekte beachtet werden:

1. Der Livestream soll von den Nutzerinnen und Nutzern leicht gefunden und abgerufen werden können.
2. Die digitalen Aufnahmen sollen archiviert werden, um Interessierten unkompliziert, dauerhaft und barrierefrei zur Verfügung zu stehen.
3. Zur Umsetzung des Projekts soll als Grundlage eine freie, Open Source Software-Plattform verwendet werden. Mindestanforderungen sind Aufzeichnung, Verwaltung und Verbreitung von Videos sowie nachträgliches Hinzufügen von weiteren Informationen.
4. Neben der Bereitstellung der Aufzeichnung soll eine möglichst große Barrierefreiheit des Mediums erreicht werden. Darum soll die Verwaltung auch die Möglichkeit einer Transkription und der Einblendung eines (Gebärden-) Dolmetschers prüfen und darstellen. Des Weiteren sollen unter anderem Präsentationsfolien, Beschlussvorlagen, weiterführende Links, z.B. zum PIWi, eingeblendet werden können.
5. Die Aufzeichnungen (Originalaufnahmen und barrierefreie Versionen) sollen unter Creative Commons Lizenz mit Namensnennung ("cc-by") eingestellt werden.
6. Eine journalistische Vorbereitung und Begleitung beispielsweise durch ein Bürgerprojekt ist denkbar und wünschenswert. Sollte beim Jugendparlament Interesse an einer Kooperation bestehen, so soll der Magistrat auch dort die Möglichkeit für ein begleitendes Medienprojekt mit Kindern und Jugendlichen prüfen.

6. 11-F-05-0005

Kleine Bühnen - insbesondere thalhaus - retten!
- Antrag der FDP-Stadtverordnetenfraktion vom 22.08.2011 -

Die drei „kleinen“ Bühnen thalhaus, Pariser Hoftheater und Velvets klagen seit geraumer Zeit über finanzielle Defizite. In der Sitzung des Ausschusses für Schule und Kultur am 18.08.2011 ist seitens des Vorstandes des thalhaus e.V. deutlich gemacht worden, dass ohne eine finanzielle Hilfe der Landeshauptstadt Wiesbaden der Verein Insolvenz anmelden muß. Durch eine Insolvenz des Vereins würde eine die Wiesbadener Kulturlandschaft prägende und belebende Institution wegfallen.

Die Stadtverordnetenversammlung möge daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, durch geeignete Maßnahmen sicherzustellen, dass jetzt nicht unmittelbar die Insolvenz des thalhaus e.V. eintritt und der status quo der freien Bühnen und Theaterinitiativen - unabhängig davon, welche künftigen Finanzierungshilfen in den Haushaltsberatungen beschlossen werden – gesichert wird.

7. 11-F-04-0002

Verlagerung der Wiesbadener Filmnächte von den Reisinger Anlagen zum Kulturpark / Schlachthofgelände
- Antrag DIE REPUBLIKANER vom 22.08.2011 -

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird beauftragt, die o.g. Verlagerung zu veranlassen.

8. 11-A-02-0006

Bericht des Wahlvorbereitungsausschusses - Aussprache von Wahlempfehlungen;
a) Wahl einer / eines hauptamtlichen Ersten Beigeordneten (Bürgermeisterin / Bürgermeister)
b) Wahl von zwei hauptamtlichen Beigeordneten (Stadträtin/Stadtrat)

ANLAGE NICHT ÖFFENTLICH

9. 11-S-00-0022

Wahl, Einführung und Verpflichtung eines/einer hauptamtlichen Ersten Beigeordneten
(Bürgermeister/Bürgermeisterin)

10. 11-S-00-0023

Wahl, Einführung und Verpflichtung eines/einer hauptamtlichen Beigeordneten
(Stadtrat/Stadträtin)

11. 11-S-00-0024

Wahl, Einführung und Verpflichtung eines/einer hauptamtlichen Beigeordneten
(Stadtrat/Stadträtin)

12. 11-S-00-0025

Neuwahlen der Mitglieder der XV. Verbandsversammlung des Landeswohlfahrtsverbandes
Hessen

13. 11-S-00-0026

Wahl der ehrenamtlichen Richter/innen bei dem Hess. Verwaltungsgerichtshof in Kassel

14. 11-V-30-0002

DL 16/11-5

Wahl der Beisitzerinnen und Beisitzer für den Widerspruchsausschuss

15. 11-V-10-0007

DL 16/11-2

Bildung von Kommissionen nach § 72 der Hessischen Gemeindeordnung (HGO) und aufgrund
besonderer Vorschriften und Beschlüsse

16. 11-F-08-0016

Mahnwache der JN (Junge Nationaldemokraten) am 28. Mai 2011
- Antrag der Stadtverordnetenfraktion LINKE&PIRATEN vom 07.06.2011 -

Vorbemerkung:

Nach fast genau einem Jahr hat die Jugendorganisation der NPD am Samstag, den 28. Mai 2011, wie angekündigt, der hessischen Landeshauptstadt einen neuerlichen Besuch abgestattet.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

I. Der Magistrat möge berichten:

Wann wurde die Mahnwache der JN angemeldet und von wem?

Welche Redner wurden benannt?

Welche Schritte hat der Magistrat unternommen, um die Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung vom 25. September 2008 (keinerlei Toleranz gegenüber jedweden Versuchen der NPD und anderer rechtsextremistischer und neonazistischer Gruppen ihre widerwärtige Propaganda zu verbreiten) und 25. März 2010 (Ausschöpfung aller juristischen Mittel) umzusetzen?

Warum wurden die Fraktionen und betroffenen Ortsbeiräte nicht wie verabredet über die Anmeldung der JN informiert.

Wieso wurde die Bushaltestelle am Bahnhof nicht so verlegt, dass nichtsahnende Bürger_innen nicht mitten in der Nazi-Mahnwache hätten aussteigen müssen?

Hält es der Magistrat für vertretbar, dass es unbeteiligte Bürger_innen seitens der Polizei verwehrt wurde, das Bahngelände zu betreten und den Zugverkehr zu nutzen?

Hält es der Magistrat im Nachhinein für klug die Mahnwachenteilnehmer (und eine -teilnehmerin) über den Bahnhof Mainz-Kastel an- und abzutransportieren, wo zur gleichen Zeit der Abreise der Start einer anderen Demonstration (Anti-AKW-Demo) in unmittelbarer Nähe stattfand.

II. Die Stadtverordnetenversammlung rügt den Magistrat, dass ihr Votum wiederholt missachtet wurde und fordert den Magistrat eindringlich auf zukünftig endlich entsprechend zu handeln.

17. 11-F-03-0038

Zeichen setzen gegen Rassismus und Antisemitismus
- Antrag der Stadtverordnetenfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 08.06.2011 -

Am 28. Mai 2011 fand in der Nähe des Hauptbahnhofs eine „Mahnwache“ von 26 Personen, die größtenteils der JN angehören, zum Thema Jugendkriminalität statt. Die Verwaltung der Landeshauptstadt Wiesbaden hatte lediglich eine Verlagerung der Kundgebung ausgehandelt aber

nichts unternommen, um den Auftritt dieser rassistischen und antisemitischen Gruppierung zu unterbinden, obwohl die STVV am 25.3.2010 beschlossen hatte „alle rechtlichen und organisatorischen Maßnahmen zu ergreifen, um den (damals angekündigten) JN - Aufmarsch zu unterbinden“.

Ein Verbandsantrag als rechtliche Maßnahme ist ein wichtiges politisches Signal nicht nur gegenüber der Zivilgesellschaft in Wiesbaden, sondern auch gegenüber den Neonazis, weil es ihnen verdeutlicht, dass sie in Wiesbaden nicht willkommen sind.

Die Stadtverordnetenversammlung möge daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

den Beschluss der STVV vom 25.3. 2010 „alle rechtlichen und organisatorischen Maßnahmen zu ergreifen, um den (damals angekündigten) JN - Aufmarsch zu unterbinden“ bei jeder angekündigten Aktion von rassistischen und /oder antisemitischen Gruppierungen strikt umzusetzen und nicht nur dann, wenn ein Verbandsantrag bei Anfechtung durch die Neonazis vor höheren Instanzen in jedem Fall Bestand haben wird.

18. 11-F-08-0034

Schriftliche Anfrage Nr. 2/2011 der Stadtverordnetenfraktion LINKE&PIRATEN vom 12.05.2011 nach § 43 i.V.m. § 55 der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung betr. Vertretungen der LH Wiesbaden in Organen von Gesellschaften u. a.
- Aufnahme als Beratungsgegenstand, da die schriftliche Antwort noch nicht fristgemäß erteilt worden ist -

ANLAGE

19. 11-F-08-0033

Schriftliche Anfrage Nr. 6/2011 der Stadtverordnetenfraktion LINKE&PIRATEN vom 14.06.2011 nach § 43 i.V.m. § 55 der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung betr. Standort Stadtbibliothek
- Aufnahme als Beratungsgegenstand, da die schriftliche Antwort noch nicht fristgemäß erteilt worden ist -

ANLAGE

20. 11-F-08-0032

Keine Pauschalierung der Kosten der Unterkunft für Leistungsberechtigte nach Sozialgesetzbuch II
- Antrag der Stadtverordnetenfraktion LINKE&PIRATEN vom 23.08.2011 -

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Seite 7 der Einladung zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 01. September 2011

Die Landeshauptstadt Wiesbaden spricht sich gegen das Pauschalieren der Kosten der Unterkunft gemäß der Möglichkeit des Hessischen OFFENSIV-Gesetzes für Bezieherinnen und Bezieher von Leistungen gemäß SGB II aus und wird weiterhin die tatsächlich anfallenden Kosten übernehmen.

21. 11-F-05-0004

Friedliches Miteinander im Stadtwald!

- Antrag der FDP-Stadtverordnetenfraktion vom 22.08.2011 -

Bereits am 25. November 2008 hatte der Ausschuss für Umwelt und Sauberkeit die Einrichtung von Fahrtrouten für Mountainbiker beschlossen. Diese Routen sollten in Absprache mit den Radsportvereinen ausgearbeitet und ausgewiesen werden. Nachdem der Magistrat jedoch untätig geblieben war, beauftragte der Ausschuss in seiner Sitzung am 24. August 2010 den Magistrat, bis Ende 2010 ein Routennetz für alle Radfahrer und die dazugehörige Umweltverträglichkeitsprüfung vorzulegen. Obwohl wir uns bereits in der zweiten Hälfte des Jahres 2011 befinden, hat der Magistrat kein Routennetz und keine Umweltverträglichkeitsprüfung vorgelegt.

Stattdessen war der Zeitungsberichtserstattung (Wiesbadener Kurier, 17.08.2011, „Forstamt blockiert Mountainbiker“) zu entnehmen, daß das Forstamt die inoffiziellen Mountainbikewege blockiert, indem der Boden aufgewühlt und Baumstämme über die Strecke gelegt worden sind. Durch dieses unverantwortliche Verhalten besteht insbesondere die Gefahr, daß nicht vorgewarnte Mountainbiker aufgrund der plötzlich geschaffenen Hindernisse stürzen und schwere körperliche Schäden bis hin zur Querschnittslähmung erleiden.

Die Stadtverordnetenversammlung möge daher beschließen:

Der Magistrat wird aufgefordert,

1. schnellstmöglich dem Auftrag des Umweltausschusses vom 24. August 2010 nachzukommen und den entsprechenden Ausschüssen der Stadtverordnetenversammlung einen mit den Radsportvereinen abgestimmten Routenplan zu erstellen.
2. bis zur Realisierung eines Radstreckenkonzeptes von Maßnahmen, wie dem oben beschriebenen Blockieren der „wildern“ Mountainbikestrecke abzusehen.

22. 11-F-03-0060

European Business School (EBS Law School)

- Antrag der Stadtverordnetenfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 24.08.2011 -

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

I. Die Stadtverordnetenversammlung nimmt Kenntnis davon

- dass die EBS nach Auskunft der Landesregierung Teile der zugewiesenen Landesmittel in Höhe von mindestens 800.000€ nicht ordnungsgemäß verwendet hat und diese vom Land zurückfordert werden;
- der Präsident der European Business School, Rolf Cremer, öffentlich erklärt hat, dass diese den Forderungsbetrag nicht in voller Höhe zurückzahlen will.

II. Eine ordnungsgemäße Verwendung öffentlicher Mittel durch die EBS ist derzeit nicht gewährleistet. Darüber hinaus korrespondiert die Kooperation der Organe der EBS nicht mit den derzeitigen erhobenen Vorwürfen, deshalb wird die städtische Bezuschussung für die EBS an das Land Hessen mit sofortiger Wirkung eingefroren.

III. Der Magistrat wird gebeten,

1. vor diesem Hintergrund die ausstehenden Gelder an die EBS bis zur Klärung der Vorwürfe der unsachgemäßen Verwendung von Landesmitteln nicht auszuzahlen.
2. die Stadtverordnetenversammlung über den Fortgang und das Ergebnis der Ermittlungen zur Klärung der Vorwürfe zu unterrichten.
3. weitere Auszahlungen an ein Votum der Stadtverordnetenversammlung zu binden.

Für den Inhalt der Anträge einschließlich der Rechtschreibung
zeichnen die Antragsteller verantwortlich.

Tagesordnung II

1. **10-F-01-0101**

DL 09/11-1

"Vier gewinnen - Millionen verlieren"

- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 03.11.2010 -

2. **11-F-05-0003**

Prävention von Jugendgewalt

- Antrag der FDP-Stadtverordnetenfraktion vom 27.05.2011 -

ANLAGE

3. **11-F-07-0009**

Jugendschutz / Jugenddelinquenz

- Antrag der Stadtverordnetenfraktion Bürgerliste Wiesbaden vom 07.06.2011 -

ANLAGE

4. **11-F-33-0013**

Jugendschutz forcieren - erfolgreiche Präventionsarbeit ausbauen

- Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU und SPD vom 16.06.2011 -

ANLAGE

5. 11-F-33-0012

Namen von öffentlichen Einrichtungen

- Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU und SPD vom 15.06.2011 -

ANLAGE

6. 11-F-03-0037

Wirksamer Schutz vor Luftverschmutzung durch Straßenverkehr

- Antrag der Stadtverordnetenfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 08.06.2011 -

ANLAGE

7. 11-V-04-0001

DL 20/11-1

Fahrplanwechsel am 11.12.2011

8. 11-V-06-0001

DL 19/11-1

Lärmarme Anflugverfahren für Wiesbaden

ANLAGE

9. 11-V-07-0006

DL 16/11-1

Sicherheitskonzept Kulturpark und Schlachthofgelände

10. 11-V-07-0009

DL 18/11-1

Umsetzung des Sicherheitskonzeptes Kulturpark

11. 11-V-07-0010

DL 17/11-1

Parkordnung Kulturpark, Testphase

12. 11-V-08-0005

DL 18/11-2

Machbarkeitsstudie "Ausbau der Grundschulkinderbetreuung"

13. **11-V-10-0006** **DL 17/11-2**
Finanzierung eines neuen Bürgerhauses in Wiesbaden-Medenbach
14. **11-V-10-0014** **DL 20/11-2, 19/11-3**
Mitgliederversammlung des Hessischen Städtetages am 22. September 2011 in Rüsselsheim
15. **11-V-10-0015** **DL 18/11-3**
Bürgerhaus Erbenheim; Sanierung 2. Bauabschnitt
16. **11-V-20-0018** **DL 11/11-4, 09/11-12**
Haushaltsplan 2012/2013 - Terminplan
ANLAGE
17. **11-V-20-0031** **DL 16/11-3**
Investitionscontrolling 1. Quartal 2011
ANLAGE
18. **11-V-20-0046** **DL 18/11-4**
Übersicht der durch den Magistrat bis 30.06.2011 genehmigten über- und außerplanmäßigen Ausgaben
19. **11-V-30-0001** **DL 16/11-4**
Datenschutzbericht 2010
20. **11-V-40-0014** **DL 16/11-8**
Johannes-Maaß-Schule; Neubau - Ausführungsvorlage -

21. **11-V-40-0019** **DL 17/11-6**
Friedrich-Ludwig-Jahn-Schule; Dachsanierung
22. **11-V-40-0024** **DL 16/11-9**
Diltheyschule - Unterbringung der Doppeljahrgänge G8-G9/Spätere Nutzung als Mensa -
Ergebnis der Plausibilitätsprüfung
23. **11-V-40-0027** **DL 20/11-4, 17/11-7**
Johannes-Maaß-Schule; Brandschutzertüchtigung der Bestandspavillons
24. **11-V-41-0024** **DL 19/11-5**
Sonderzuschuss Kulturzentrum Schlachthof 2. Halbjahr 2011
25. **11-V-41-0028** **DL 17/11-8**
Fernsehkrimi Festival 2012
26. **11-V-51-0019** **DL 17/11-9, 10/11-10**
Außerkräfttreten des Hessischen Gesetzes zum Abbau der Fehlsubventionierung im
Wohnungswesen (HessAFWoG) mit Ablauf des 30. Juni 2011; Bericht zu den Auswirkungen
27. **11-V-51-0024** **DL 16/11-10**
Ev. Bodelschwingh-Kirchengemeinde in Kloppenheim, zusätzliche Kosten für Ersatzneubau der
Kindertagesstätte
28. **11-V-51-0031** **DL 17/11-10**
Änderung der Förderrichtlinien Jugendarbeit

29. **11-V-51-0035** **DL 18/11-5**
Bericht zur Gewährung von SGB XII-Leistungen in Wiesbaden 2010
30. **11-V-51-0036** **DL 16/11-11**
Verantwortung für Wiesbaden;
Vorabvorlage wegen Eilbedürftigkeit für den Bereich "Eingliederungsmaßnahmen SGB II"
31. **11-V-51-0037** **DL 18/11-6**
Sanierung und Erweiterung der Kath. Kindertagesstätte Sankt Bonifatius
32. **11-V-51-0041** **DL 20/11-6, 19/11-6**
Sicherheitskonzept Kulturpark und Schlachthofgelände;
sozialpädagogische Beiträge

ANLAGE
33. **11-V-52-0012** **DL 17/11-11**
Durchführung der Europameisterschaft "IRONMAN Germany 70.3" in Wiesbaden ab 2012
34. **11-V-63-0008** **DL 22/11-2, 21/11-1**
Baugrundstück: Mainz-Kostheim, Am Mainzer Weg 7;
Verwaltungsgebäude der Firma Carrier, Sanierung und neuer Eingangsbereich temp.
Auslagerung der Büros in Containeranlage
35. **11-V-67-0002** **DL 17/11-15**
Einrichtung eines Tierfriedhofes in Wiesbaden
36. **11-V-67-0004** **DL 16/11-13**
Bericht zu den Neubau- und Planungsleistungen des Amtes für Grünflächen, Landwirtschaft und Forsten

37. 11-V-80-6001 **DL 16/11-14**

Einführung eines neuen Verfahrens zum Controlling der städtischen Vergaben

Tagesordnung III

1. 11-V-30-0003 **DL 16/11-6**

Vorschlag für die Wahl eines Ortsgerichtsschöffen für den Ortsgerichtsbezirk AKK II (Mainz-Kostheim)

2. 11-V-30-0004 **DL 17/11-3**

Vorschlag für die Wahl eines Ortsgerichtsschöffen für den Ortsgerichtsbezirk Wiesbaden VIII (Wiesbaden-Kloppenheim/Heßloch)

3. 11-V-30-0005 **DL 17/11-4**

Vorschlag für die Wahl einer Schiedsperson für den Schiedsbezirk Wiesbaden-Medenbach

4. 11-V-30-0006 **DL 17/11-5**

Vorschlag für die Wahl zweier Ortsgerichtsschöffen für den Ortsgerichtsbezirk Wiesbaden I

5. 11-V-61-0004 **DL 17/11-12**

Städtebauliche Rahmenplanung Wiesbaden-Erbenheim Süd

ANLAGE

6. 11-V-61-0005 **DL 17/11-13**

Flächennutzungsplanänderung "Erbenheim Süd" im Ortsbezirk Erbenheim - Änderungsbeschluss -

7. 11-V-61-0006 DL 17/11-14

Bebauungsplan "Erbenheim Süd" im Ortsbezirk Erbenheim - Aufstellungsbeschluss - Beschluss über die Aufhebung des Fluchtlinienplanes Erbenheim 1960/01 HAG

8. 11-V-61-0021 DL 19/11-7

Bebauungsplan "Bestattungswald Frauenstein" im Ortsbezirk Frauenstein;
Satzungsbeschluss

9. 11-V-61-0034 DL 20/11-7, 16/11-12

Planfeststellung nach § 1 HEisenbG i. V. m. § 18 AEG und § 72 ff. HVwVFG für den Ersatzneubau der EÜ "Flachstraße" durch die ESWE - Anhörungsverfahren
Stellungnahme der Landeshauptstadt Wiesbaden

10. 11-V-82-0007 DL 17/11-16

TriWiCon Betriebskommission - Bestellung der Personalvertreter gemäß § 6 (2), 3 EigBGes

11. 11-V-41-0029 DL 22/11-1, 20/11-5

Kunstsommer 2012 - "50 Jahre Fluxus"

Tagesordnung IV

1. 11-V-04-0007 DL 16/11-1 NÖ

Künstlerviertel

2. 11-V-20-0030 DL 16/11-2 NÖ

Berichterstattung städt. Beteiligungsunternehmen

3. 11-V-20-0032 DL 16/11-3 NÖ

Kredite

- | | | |
|-----|---|---------------------------|
| 4. | 11-V-20-0041 | DL 17/11-1 NÖ |
| | Kredit | |
| 5. | 11-V-20-0044 | DL 22/11-1 NÖ, 20/11-1 NÖ |
| | Zinsrisikomanagement | |
| 6. | 11-V-20-0050 | DL 22/11-2 NÖ, 20/11-2 NÖ |
| | Bürgschaft | |
| 7. | 11-V-21-0002 | DL 16/11-4 NÖ |
| | Spenden | |
| 8. | 11-V-36-0006 | DL 16/11-5 NÖ |
| | Niederschrift nicht öffentliche Sitzung Naturschutzbeirat | |
| 9. | 11-V-66-0504 | DL 17/11-2 NÖ |
| | Einstellung eines Umlegungsverfahrens | |
| | ANLAGE NICHT ÖFFENTLICH | |
| 10. | 11-V-80-2324 | DL 17/11-3 NÖ |
| | Verkauf eines Gewerbegrundstückes | |

HINWEIS: Die Wahlen finden vor der Pause statt.

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt die Stadtverordnetenversammlung nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Nickel
Stadtverordnetenvorsteher